

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatn 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inlerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 28. August 1915.

19. Jahrgang.

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

Der Bibliothekar des Preussischen Herrenhauses, Dr. Friedrich Thimme, und der Vorsitzende der Generalkommission der freien Gewerkschaften, Karl Begien, haben gemeinsam eine Reihe von Aufsätzen bürgerlicher Gelehrter und sozialdemokratischer Parteimitglieder unter dem Titel: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, herausgegeben. Jeder der Autoren, die in diesem Buche zum Wort kommen, hat frei von der Leber weg gesprochen, und jeder haftet allein für die Ansichten, die er in seinem Aufsatz zum Ausdruck gebracht hat. Selbstverständlich laufen in diesen Aufsätzen oft Anschauungen und Urteile mit unter, die scharfen Protest in unsern Reihen hervorrufen werden. Wenn Marx z. B. gar zu eng nur als „Achtundvierziger“ aufgefaßt und der Zukunftspolitiker in ihm verkannt wird, so können gegen diese einseitige Auffassung durchschlagende, auf eine Würdigung der gesamten marxistischen wissenschaftlichen und politischen Lebensarbeit basierte Beweiskräfte ins Gefecht geführt werden. Es ist aber immerhin gut, daß derartige Ansichten klar geäußert werden, sie wecken Widerspruch und regen zu einer vertieften Auffassung der Persönlichkeit des großen Denkers und Kämpfers an.

Die Herausgabe des Buches bedeutet an sich schon eine Tat. Bisher haben sich bürgerliche Gelehrte immer noch geheut, die inneren Zustände Deutschlands frei, ohne jede Rücksichtnahme auf die Regierung, zu besprechen.

In diesem eben erschienenen Sammelwerk besprechen zehn Männer der Wissenschaft und zehn bekannte Angehörige der Sozialdemokratie gemeinsam Probleme der künftigen Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland. In ihm finden wir neben einem Aufsatz des Historikers Hermann Duden in Heidelberg die Arbeit der politischen Redaktoren an der Chemnitzer Volkstimme, Gustav Noke. Der erste schreibt über: Die Deutschen auf dem Wege zur einen und freien Nation, während Noke zu seinem Thema: Der Krieg und die Sozialdemokratie gewählt hat. Dann folgt noch Gerhard Anschütz, Professor der Jurisprudenz an der Universität Berlin, mit seinen Gedanken über künftige Staatsformen, Philipp Scheidemann mit einem Aufsatz: Zur Neuorientierung der inneren Politik. Der Sozialpolitiker Ernst Franke behandelt: Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland, neben ihm erscheint Karl Begien mit einer Arbeit: Die Gewerkschaften beistellt. Wir treffen von Sozialdemokraten weiter den Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften, Robert Schmidt, dann den Genossen Dr. Paul Lenfch, den besonders als Fachmann auf dem Gebiete des Kommunalwesens bekannten preussischen Landtagsabgeordneten Paul Hirsch, den Redakteur des Korrespondenzblatts der Generalkommission, Paul Imbreit, den zweiten Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbands, August Winnig, und den Vorsitzenden des Zentralbildungsausschusses der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Heinrich Schulz. Von hervorragenden Männern der Wissenschaft sei der Sozialpolitiker und Sozialethiker Dr. Ferd. Lönies, der Berliner Theologe Ernst Troeltsch und der Pädagoge und hervorragende Vertreter des Neukantianismus, Dr. Paul Ratorp, genannt.

Die „Arbeitgeberzeitung“ regt sich in einer Besprechung des Buches schon über die Ueberschrift auf und fragt: Sind denn Arbeiterschaft und Sozialdemokratie dasselbe? Und nun wird den zehn „gelehrten“ Herren ein Vorwurf gemacht, daß ihnen aus der Staatskritik bekannt sein müßte, daß es noch einen hübschen Teil unter den Arbeitern gibt, die nicht zur Sozialdemokratie schwören. Es muß anerkannt werden, daß die bürgerlichen Autoren der inneren Reichs-, besondrer der preussischen Landespolitik scharf zu Leibe gehen. Professor Anschütz schreibt Seite 53:

Das in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht mit indirekter und öffentlich-mündlicher Wahl widerspricht allen Forderungen politischer Ethik. Es ist ungerechtes Recht — kein Ruhmesblatt in der Verfassung eines Staates, der das suum cuique (Jedem das Seine) als Wappenspruch führt.

Damit ist das preussische Dreiklassenwahlrecht trefflich gekennzeichnet. Und Anschütz hat vollkommen recht, wenn er zum Schluß meint:

Wohlfahrts- und Versorgungseinrichtungen sind gut, allgemeine Teilnahme des Volkes am Staat, politische Gleichberechtigung, Einheit von Volk und Staat, kurz, Demokratie in diesem Sinne sind besser. Je mehr der Staat seine Wurzeln einsetzt in die Breiten und Tiefen der Nation, je mehr wird er eins werden mit ihr — und um so stärker wird er sein.

Wohlgemerkt, das schreibt heute Marx und unzweideutig ein preussischer Professor. Damit ist aber auch der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik, vorzüglich der inneren Politik gegenüber, bisher sehr im Rechte war. — Geradezu vorzüglich muß der Scheidemannsche Artikel: Zur Neuorientierung der inneren

Politik, genannt werden. Schade, daß seine Ausführungen von der oppositionellen Parteipresse nicht abgedruckt werden.

In sehr erster Linie fordert Professor Franke die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland. Er meint ohne Umschweife: „Man wird sie (die Arbeiter) heranziehen, ihnen die Wege zur Mitarbeit ebnen, die Türen weit öffnen müssen — auch da, wo man sie ausgesperrt oder doch kaum mehr als geduldet hatte.“ Und es ist ganz unsere Meinung, wenn Franke schreibt, daß jene Millionen von Männern, die ihr Leben dem Vaterlande geweiht haben, zukünftig von der Mitarbeit an der inneren Ausgestaltung des Staates nicht ausgeschlossen werden können. Und wörtlich meint Franke: „Der deutsche Arbeiter muß daher als vollwertiger Volksgenosse zur Mitarbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Zutritt haben.“ Das sind Ausführungen, wie wir sie aus dem Munde bürgerlicher Gelehrter bisher in einer solchen Schärfe noch nicht vernommen haben. Wenn dann die bürgerlichen Autoren in ihren Aufsätzen auch Einschränkungen machen, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie in Zukunft manches anders gestalten wird, als wie es nach den Prinzipien aussieht, so dürfte darin ein Körnchen Wahrheit stecken. Wir wollen darauf nicht weiter eingehen, aber diejenigen Genossen haben es mit ihrer Argumentation leicht, welche immer bloß auf Vergangenes und auf Beschlüsse in der Vergangenheit verweisen. Die lebige Zeit, die wir durchleben, wird für die Zukunft viel Neues formen. Die Arbeiterschaft, die vom inneren Ausbau des Reiches, der Bundesstaaten, der Gemeinden und andern Institutionen ostentativ zurückgestoßen wurde, wird in Zukunft anders behandelt werden müssen. Gelänge dieses nicht, so würden in Deutschland schwere innere politische Kämpfe dauernd die Folge sein.

Wie begrüßen die Herausgabe des Buches und wünschen demselben einen großen Erfolg. Es ist sicherlich nicht ohne Symptom, daß sich der Bibliotheksdirektor des Herrenhauses, Herr Dr. Thimme, dazu entschloß, in Gemeinschaft mit einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten als Herausgeber aufzutreten. Das besprochene Buch bedeutet eine wichtige literarische Neuererscheinung, und die bürgerlichen Autoren würdigen in ihren Arbeiten die glänzenden Leistungen der deutschen Arbeiterorganisationen durchaus. Und uns kann es nur recht sein, wenn in den Kreisen der Intellektuellen die Frage so gestellt wird, daß im neuen Deutschland die Arbeiterschaft eine andre Stellung einnehmen muß als wie es bisher der Fall war.

Die fünfte Kriegstagung.

Die fünfte Kriegstagung des Reichstags wurde durch eine Rede des Reichskanzlers am 19. August eingeleitet, die von allen Reden, die er in den langen Jahren seiner Kanzlerschaft nun schon über innere und äußere Politik gehalten hat, sicherlich die beste war. Der Kanzler ging, wie vor ihm schon der Präsident, von einem Dank aus, den er an unsere Truppen und ihre Führer abstatte. Aber weit mehr als der Präsident unterließ er die Kriegseinstellungen unserer Truppen, und der einmütige Beifall des Hauses bewies, wie er mit dieser Anerkennung allen aus tiefer Seele gesprochen hat.

Dann ging er zu einer detaillierten Darstellung der weltpolitischen Vorgänge vor dem Ausbruch des Krieges über, wobei er einige ganz besonders glückliche Stellen hatte. Hierzu rechnen wir die Beweisführung über die Einkreisungspolitik Englands, über den guten Willen Deutschlands, mit England zu einer Verständigung zu kommen, und über den letzten Anstoß, den Rußland gab, um diesen Weltkrieg zu entzünden. Die Rede des englischen Premierministers Asquith erfuhr dabei eine besondere Beleuchtung. Man muß in der Tat dem Kanzler recht geben, daß nach dem, was er aus den atem-mäßigen Berichten in Erinnerung brachte, die deutsche Regierung gegenüber England außerordentlich Geduld bewiesen hat, und daß eine grenzenlose Verheerung dazu gehört, die Schuld für diesen Weltkrieg auf Deutschland zu schieben.

Großes und berechtigtes Aufsehen erregten dann aber seine besonderen Ausführungen über die letzten Vorgänge vor dem Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland, Oesterreich und Rußland. Es war dem Kanzler vorgeworfen worden, daß er es an der nötigen Energie habe fehlen lassen. Oesterreich in seinem Konflikt mit Serbien und Rußland zur Mäßigung zu mahnen, um den Krieg zu verhindern. Der Kanzler las gegen diese Behauptung das Telegramm vor, das er an Herrn v. Tschirchky in den kritischen Tagen gerichtet hatte und in dem er dieien aufgetragen hatte, der österreichischen Regierung ausdrücklich und nachdrücklich zu erklären, daß die deutsche Regierung ihre Bundespflicht erfüllen werde, es aber ablehnen müßte, sich von der österreichisch-ungarischen Regierung durch Nichtbeachtung ihrer Ratsschlüsse in einen Weltbrand hineinzuziehen zu lassen. Obwohl dieses Telegramm schon in der englischen Presse erschienen war, erregte es doch im Reichstage eine wahre Sensation und eine tiefe Verteidigung darüber, daß die deutsche Regierung somit von jedem Verdacht freizusprechen ist, daß sie ohne Kritik und ohne ernste Mahnung Oesterreich in jenen Tagen habe tun lassen, was es wollte. Die zweite große Sensation des Tages in der Rede waren die Erklärungen des Kanzlers über die polnische Frage. Er sollte dem Eifer der Polen, ihre Nationalität zu wahren, uneingeschränktes Lob und erklärte ohne Umschweife, daß sie auch fernherin die Eigenart ihres nationalen Lebens erhalten sollen. In dieser unabweisenden Erklärung des Kanzlers liegt zweierlei, was für die Zukunft festgehalten werden kann: einmal erklärt der Kanzler dadurch, daß Polen nicht wieder an Rußland zurückgegeben, und zweitens, daß es andererseits auch nicht angeschlossen werden soll.

Man darf noch anmerken, daß diese Erklärung des Reichskanzlers auch eine scharfe Kritik der bisherigen preussischen Diplomatiepolitik gegen Polen enthält. Der Schluß der Rede bildete ein Symphonie auf die Zukunft Deutschlands. Ein hartes und in seiner Stellung unantastbares Deutschland müsse entstehen, das instand sei, die Freiheit nach außen zu wahren und ohne Zentralität zu kämpfen. Das, was der Reichskanzler nicht geklärt hat, ist die Frage der freiwirtschaftlichen Entwicklung unserer inneren Politik, die die Voraussetzung für ein starkes und einiges Deutsch-

land gegenüber dem Ausland in der Zukunft ist. Und daß sich in der inneren Politik sehr vieles ändern muß, wird auch den regierenden Kreisen in Deutschland klar sein. Deshalb ist es um so unverständlicher, daß bis dato noch kein Regierungsvertreter in dieser Richtung Andeutungen gemacht hat.

Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Genosse Dr. David in einer sehr bemerkenswerten Rede. Er führte u. a. aus: Das Bild der finanziellen Kriegslage, das der Reichstagssekretär gegeben hat, zeigt erfreulicherweise, daß Deutschlands Lage glücklicher ist als die seiner Gegner. Die vom Reich verausgabten Summen sind zum größten Teil im Reine geblieben. Weiter hoffe ich, daß nicht noch einmal die harte Notwendigkeit einer Kriegskreditvorlage an uns herantritt, daß es inzwischen gelingt, einen für Deutschland ehrenvollen und guten Frieden zu erreichen. Hierzu berechtigen die glänzenden Leistungen unserer Truppen, die uns mit Stolz und Bewunderung erfüllen. (Lebh. Bravo!) Den Dank, den wir ihnen schulden, dürfen wir nicht bloß in Worten abtragen. Alle, die draußen ihr Leben einsehen, müssen die Gewißheit haben, daß im Fall ihres Todes

für ihre Lieben in der Heimat ausreichend gesorgt ist, daß sie selbst im Fall der Verwundung nicht materiellem Elend entgegengehen. Können die neuen Gesetze zur Regelung der Militärhinterbliebenen- und Invalidenfürsorge nicht schon während des Krieges fertiggestellt werden, so muß inzwischen in allen Fällen ausreichende Hilfe ohne fiskalische Spararbeit gewährt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ferner muß alles vermieden werden, was die Stimmung der Truppen herabdrückt. Immer wieder gelangen Klagen über

schlechte Behandlung bei der Ausbildung der Truppen in der Heimat zu uns. (Sehr wahr!)

Bei allen kritischen Bemerkungen und positiven Anregungen leitet uns das Bestreben, die Widerstandskraft und den Willen aller Schichten des deutschen Volkes zum Ausdauern in diesem furchtbaren Ringen gegen eine Welt von Feinden zu stärken. Hierbei schadet offene und auch scharfe Kritik keineswegs.

Man darf den Kopf vor bestehenden Missetänden nicht in den Sand stecken.

Das Parlament muß die Klagen und Wünsche der Bevölkerung um so mehr zur öffentlichen Kenntnis bringen, als durch den Belagerungszustand und die Zensur die Aufdeckung und Kritik von Missetänden weit über das Maß erschwert ist, das im militärischen Interesse zu rechtfertigen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Neben der Erhaltung der militärischen Widerstandskraft muß die wirtschaftliche und geistliche Widerstandskraft der Heimatbevölkerung gefördert werden. Die Versorgung der breiten Volksmassen mit ausreichender Nahrung ist ebenso wichtig wie die Versorgung der Armee mit Munition. Die Ernteegebnisse waren im allgemeinen gut, wir haben ausreichende Mengen von Nahrungsmitteln im Lande. Es muß also gelingen,

die Suche des Lebensmittelwunders auszurotten. (Lebh. Zustimmung.) Gewissenlosen Lebensmittelwucherern muß, wie auch der Staatssekretär Dr. Delbrück in der Kommission gesagt hat, das Brandmal des Verlusts der bürgerlichen Ehrenrechte aufgedrückt werden, denn ihr Handeln ist ein gemeinsames Verbrechen am eigenen Volke. (Lebh. Zustimmung.)

Notwendig ist ferner eine Erhöhung der Unterkümmungsgelder für die Familien der Kriegsteilnehmer, sonst werden die Sorgen und Entbehrungen in Millionen von Familien im nahen Winter noch schlimmer. Hoffentlich ist die Regierung hierzu bereit. Wenn so die physische und geistliche Widerstandskraft der Millionen draußen im Felde und der Millionen, die in der Heimat wirken und schaffen, gestärkt wird, dann dürfen wir allem, was kommen mag, ruhig ins Auge sehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wie in allen Völkern, so lebt auch in den Deutschen die Sehnsucht nach dem Tage, wo die Glocken den wiedergewonnenen Frieden läuten. Es wäre schlimm um die Menschheit bestellt, wenn es anders wäre. Jeder Tag des Krieges bedeutet weitere furchtbare Zerstörungen von Kulturwerten, neue Opfer an Leben und Lebensglück. Auf eine möglichst baldige Beendigung des blutigen Ringens hinzuwirken, muß jedem mitleidig empfindenden Menschen als erste Pflicht erscheinen.

Ach verweise dann auch heute auf die Erklärungen meiner Partei auf den früheren Tagungen, wir beharren auf den darin niedergelegten Grundsätzen, und ich wiederhole unsere Erklärung vom 4. August: Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Nicht Eroberungslust hat Deutschland in diesem Krieg erreicht, aber Eroberungslust darf diesen Krieg auch nicht unnötig verlängern.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Leider sind die Gegner Deutschlands, trotz ihrer schweren Niederlagen, nicht zum Frieden geneigt, im Gegenteil, ihre Führer haben ihre Entschlossenheit bekundet, den Krieg fortzuführen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, bis zur Durchsetzung ihrer gegen uns und unsere Verbündeten proklamierten Eroberungsziele. Sie hoffen, weitere neutrale Staaten zu gewinnen und dadurch den um Deutschland gezogenen Ring noch lückenloser und mächtiger zu gestalten. So bleibt uns nur übrig, sie zu der Einsicht zu bringen, daß dies! Vorkommnis eitel ist. (Lebh. Beifall auf allen Seiten.)

Die Ausführungen Dr. Davids zeigen, daß er mit Recht bestehende Missetände schildert. Seine Rede wird unter den Arbeitern großen Widerhall finden.

In Köln eine Steuerzulage erreicht.

Die immer mehr sich steigenden Lebensverhältnissen bewirken, daß die organisierten Zeugnissen in Köln sich an den Vorstand der Unternehmer wandten zwecks Gewährung einer Steuerzulage. Eine von den Arbeitgebern gewünschte Ausfrage über diesen Punkt fand am 17. August statt. Neben der Kommission von drei Mitgliedern der Fabrikale nahm Herr Dr. v. d. B. als Vertreter der Bauindustrie und Herr Dr. v. d. B. als Geschäftsführer des Verbandes der Zeugnissen teil und umgegend daran teil.

* Verlag von S. Hitzel in Leipzig. Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Nach längerer Unterhandlung kam eine Einigung dahin zu-
stande, daß die Steinbrüche vom 22. August an eine Feuerungs-
zulage von 50 Pfg. pro geleisteter Arbeitstag erhalten. Diese Feuerungs-
zulage gilt für die ganze Arbeitsdauer, sie wurde als Nachtrag
zum bestehenden Arbeitsvertrag schriftlich niedergesetzt. Der Min-
istralohn beträgt zur Zeit ohne die Feuerungszulage 77 Pfg.,
für Grundstein- und Betonarbeiten und Stuckarbeiten 80 Pfg. pro
Stunde.

In der am 21. August tagenden Versammlung gab Kol-
lege Herrmann Bericht von der Verhandlung. Derselbe wurde noch
von den Kollegen Nuhn und Eberg ergänzt. Die Kollegen waren
mit dem Erreichten zufrieden. In der Versammlung waren auch
die Mitglieder der Zastliche Köln 11 (Marmorarbeiter) erschienen.
Auch hier soll der Versuch gemacht werden, eine Feuerungszulage zu
erhalten. Es erfolgte die Wahl einer Kommission von den Kollegen
der Marmorbranche, welche etwa notwendige Verhandlungen mit
den Arbeitgebern zu führen hat.

Schwedischer und deutscher Stein.

Aus Berlin schreibt man uns:
Die Stadt Berlin gehörte bisher zu den Gemeinden, die fast
ausschließlich schwedischen Stein zu Pflasterzwecken bezug. Die
Gründe für diesen Steinbezug waren folgende: Bei den öffentlichen
Anschaffungen ergab sich, daß der schwedische Stein erheblich
billiger angesetzt wurde als der deutsche Stein. Die Unternehmer
der schwedischen Steinbrüche waren infolgedessen im Vorteil vor den
deutschen Steinbrüchbesitzern, weil ihnen der billige Wassertransport
zur Verfügung stand, während die deutschen Steine mit Fuhrwerk
erst zur Bahn und dann mit der Eisenbahn nach Berlin befördert
werden mußten, wodurch die Transportkosten sich erhöhten. Dazu
kam, daß die Berliner Tiefbauverwaltung streng an einem be-
stimmten Format festhielt, das in deutschen Steinbrüchen nicht her-
gestellt wurde. Man meinte, die schmälere schwedischen Prismen
seien besonders bei aufsteigenden Straßen für die feilschaffenden
Kahnwagenpferde praktischer als der größere deutsche Pflasterstein.
Außerdem hinderte bestimmte Sachverständige der Ansicht, der
schwedische Stein sei fester als der deutsche. Der Verband der
Steinbrüchbesitzer und auch der Verband der Steinbrüchbesitzer
haben in wiederholten Eingaben an die städtische Tiefbau-
verwaltung diese Gründe als nicht stichhaltig zurückgewiesen. Es
wurde nun Gegenüber auf zahlreiche deutsche Städte verwiesen,
in denen der deutsche Pflasterstein sich gut bewährt habe. In
den letzten zwei Jahren ist von dem bisherigen Grundfab, aus-
schließlich den billigeren schwedischen Stein zu beziehen, abgewichen
worden, indem kleine Quantitäten auch an hiesige Firmen ver-
kauft wurden.

An dem auf die Güte des deutschen Materials heißt es in der
Petition:

In Deutschland haben wir ebenfalls hervorragende Natur-
steinmaterialien, die sich zu Werk- und Pflastersteinen vorzüglich
eignen. Unsere Steinindustrie kann, soweit die Güte des Materials
in Frage kommt, es mit jedem ausländischen Konkurrenten auf-
nehmen, und soweit die heimische Verarbeitung in Be-
tracht kommt, haben in puncto Geschicklichkeit die deutschen Stein-
arbeiter an erster Stelle gegenüber der ausländischen Steinindustrie.

Der Einwand, daß wir in Deutschland erstklassiges Pflaster-
steinmaterial nicht anerkennen würden, muß arbeiterseitig entschieden
bekräftigt werden. Wir bemerken, daß die Städte Breslau, Gö-
rlitz, Dresden, Leipzig, München, Nürnberg usw. vorzüglich ge-
schliffene Straßen aufweisen, in denen ausländische Pflastersteine
nicht verwendet wurden. Wir haben in Schlesien, in der Lausitz,
im Bayerischen Wald, im Odenwald, im Westerwald, in der Um-
gebung von Regensburg viele Steinbrüche, die das allerbeste Pflaster-
steinmaterial enthalten. Bei vielen Städten ist eben nur der Preis
entscheidend, warum so große Liefermengen nach Skan-
dinavien gelangen.

In diesem Jahre war das Quantum Steine, das benötigt wurde,
geringer. Auf die öffentliche Zustimmung hin, nach der 7000
Quadratmeter Pflasterstein geliefert werden sollten, waren 20 An-
gebote eingegangen und zwar von 16 schwedischen und von vier
deutschen Firmen. Unter den schwedischen Firmen hatten die Hart-
steinen Schenkerwerke das billigste Angebot gemacht und betont,
daß die Werte deutschen Charakters seien. (Deren Pflastersteine
bestehen sich aber in Schweden. Red.) Die deutschen Firmen waren
durchschnittlich eine Mark pro Quadratmeter teurer. In einer
besonderen Sitzung der mit der Vergabe der Pflastersteine
beauftragten Kommission am 17. August, der auch der sozialdemo-
kratische Stadtrat angehört, wurde erneut die Frage
aufgeworfen, ob nicht die Lieferung ausschließlich deutschen Firmen
zu übertragen sei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Eingabe
des Verbandes der Steinbrüchbesitzer bekanntgegeben, deutsche Firmen
zu berücksichtigen. Es ergab sich, daß heute über die Qualität des
deutschen Steins eine andere Ansicht Platz gegriffen hat. Es ist nicht
zu bezweifeln, daß der deutsche Stein nicht nur ebenso gut wie der
schwedische sei, sondern daß die Erziehung lehre, daß Straßenpflaster
mit deutschem Stein sich viel gleichmäßiger abnutzt als der schwedische
Stein und dadurch eine längere Dauer verbürge. Daß die Größe
des Steins betreffend, so wollte man keinen Anstoß mehr daran neh-
men, obwohl bei aufsteigenden Straßen das kleinere schwedische For-
mat vorteilhafter ist. Sollte man auch mehr Mittel für den deutschen
Stein auf die für den schwedischen, so kommt das auf andere Weise
wieder zu stehen. Schließlich betonte auch die Kommission, der
deutschen Industrie mit ihren Arbeitern zu helfen und das Geld im
Land zu lassen, wenn auch nicht für immer der schwedische Stein
bevorzogen werden sollte. Von diesen Gesichtspunkten aus wurde
beschlossen, die öffentlichen Lieferungen an zwei deutsche Firmen zu
vergeben und zwar 3000 Quadratmeter an die Steinbrüchfirma
Köln 11 (Zastliche) und 4000 Quadratmeter an die Zastliche Stei-
nwerke. Bei zukünftigen Anschaffungen soll von vornherein auf
die Güte des deutschen Materials aufmerksam gemacht werden —
das heißt nicht selbst — damit die Konkurrenz sich nicht an den
ausländischen Lieferanten lehnt.

Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

Die Kommission des Reichstages hat einen Entwurf eines Gesetzes
über die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes erarbeitet. Die
Kommission hat dem Reichstag den Entwurf des Gesetzes über die
Abänderung des Reichsvereinsgesetzes vorgelegt. Das Gesetz
betrifft die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes in Bezug auf
die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes. Die Kommission hat
den Entwurf des Gesetzes über die Abänderung des Reichsvereins-
gesetzes erarbeitet. Die Kommission hat dem Reichstag den Entwurf
des Gesetzes über die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes
vorgelegt. Das Gesetz betrifft die Abänderung des Reichsvereins-
gesetzes in Bezug auf die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

Dieser Zusatz wurde mit allen gegen eine konservative Stimme
beschlossen.

Zu dem Antrag auf Festsetzung des Sprachparagra-
phen erklärten die konservativen und Nationallibe-
ralen, sie könnten dazu weder eine Zustimmung noch eine ab-
lehrende Haltung einnehmen. Deshalb — lehnten sie den An-
trag ab. Eine eigenartige Politik! Gegen die drei konservativen und
nationalliberalen Stimmen wurde mit 12 Stimmen aller übrigen
Parteien die Aufhebung des Sprachparagrafen
beschlossen. Sodann wurde mit 10 gegen 5 Stimmen der National-
liberalen, Konservativen und Fortschrittler die Ausmerzung des
Anwendungsparagrafen aus dem Vereinsgesetz beschlossen.

Die Kommission trat sofort in die zweite Lesung ein und
wiederholte in ihr die in erster Lesung gefassten Beschlüsse. Es soll
dem Plenum ein schriftlicher Bericht erstattet werden. Der Bericht-
erstatter, Abg. Müller-Meinungen, versprach, sich mit der Abfassung
des Berichts so zu beeilen, daß dieser von der Kommission festgesetzt
werden kann, bevor der Reichstag auseinandergeht. Das Plenum
wird sich dann im Herbst mit dem Gesetzentwurf zu beschäftigen
haben.

Es ist zu hoffen, daß die Kommissionsbeschlüsse auch im Plenum
eine Mehrheit finden. Gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet der
Kommissionsbeschluss einen wesentlichen Fortschritt.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1913.

Ueber die Tätigkeit der Gewerbe- und Bergbauaufsicht wurde
jeden der amtliche Bericht herausgegeben.
Der Gewerbeaufsicht waren 1913 insgesamt 321 401 Be-
triebe, in denen rund 6 1/2 Millionen Personen beschäftigt waren,
unterteilt. Die Zahl der in der Gewerbeinspektion tätigen Be-
amten ist im Berichtsjahr von 355 auf 584 gestiegen. Unter diesen
Beamten befinden sich auch 48 weibliche Amtsfrauen und 18 Ge-
hilfen aus dem Arbeiterstande. Die Zahl der letzteren vermehrte
sich um 11, eine Tatsache, die von der Arbeiterschaft nur freudig be-
grüßt werden kann. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Beamten
der Gewerbeinspektion 569,5 Betriebe und 11 540,8 Arbeiter. Diese
Zahlen beweisen, wie stark die Beamten belastet sind, und wie weit
die Gewerbeaufsicht noch davon entfernt ist, auf dem Gebiete des
Arbeiterschutzes durchgreifend wirken zu können. Dieses Moment
drückt sich denn auch deutlich in den Verhältniszahlen der revidierten
Betriebe aus. Von je 100 der Aufsicht unterstellten Betrieben
wurden im Jahre 1913 nur 55,8 einer Revision unterzogen, in denen
83,7 der gesamten Aufsicht unterstellten Arbeiterzahl beschäftigt war.
Das Revisionsverhältnis gestaltet sich allerdings gegen das Vorjahr
etwas günstiger, doch kann nur dann der Zustand als ein idealer
angesehen werden, wenn ein jeder von den der Aufsicht unterstellten
Betrieben mindestens einmal im Jahre revidiert wird, und bei Be-
trieben, die für Leben und Gesundheit der Arbeiter besonders ge-
fährbringend sind, die Revisionen sich des öfteren wiederholen.

Der Bergbauaufsicht waren 3123 Betriebe mit 877 170
beschäftigten Arbeitern unterstellt. Die Aufsicht wurde von 121 Be-
amten ausgeübt, so daß auf jeden Beamten 25,8 der zu beaufsichtigenden
Betriebe mit 7249,3 Arbeitern kamen. Von je 100 Betrieben
wurden 95 revidiert und von den Revisionen ziffernmäßig fast alle
Arbeiter erfasst. Die ärgeren Gefahren des Bergwerksbetriebs er-
fordern natürlich eine höhere Revisionsstätigkeit; hier muß die For-
derung lauten, daß alle Betriebe im Laufe des Jahres wiederholt
und eingehend zu revidieren sind.

Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung der Betriebe um
4,1 Prozent eingetreten. Die Gesamtarbeiterzahl besitzerte sich auf
7 286 703. Sie hat sich seit 1912 um 1,5 Prozent vermehrt. Die
Gesamtarbeiterzahl setzt sich zusammen aus 5 409 546 erwachsenen
Männern, 1 405 821 erwachsenen Frauen, 556 840 jugendlichen Per-
sonen von 14—16 Jahren und 11 196 Kindern unter 14 Jahren.
Von je 100 Arbeitern 73,2 erwachsene Männer, 19,9 erwachsene
Frauen, 7,54 jugendliche und 0,19 Kinder. Bei einem Vergleich der
Verhältniszahlen des Berichtsjahres mit denen des Vorjahres zeigt
sich eine Vermehrung der billigeren Arbeitskräfte, das Merkmal jeder
sinkenden Konjunktur des Wirtschaftslebens.

Von den der Aufsicht unterstellten Betrieben wurden 214 451
einer Revision unterzogen, darunter 31 790 wiederholt. Die Ge-
samtzahl der Revisionen belief sich auf 313 241. 4007 Revisionen
wurden in der Nacht und 7095 an Sonntagen ausgeführt. Neben
den Betriebsrevisionen fanden 37 691 Unfalluntersuchungen statt.

Bei den Revisionen sind in 21 159 Fällen, die sich auf 15 842
Betriebe erstreckten, Verstöße gegen die Jugendschutzbestimmungen
festgestellt worden. Seit dem Jahre 1910 ist die Zahl der Verstöße
nach den ermittelten Betrieben relativ und zwar von 11,8 auf 8,7
Prozent zurückgegangen. Immerhin zeigen jedoch diese Ziffern, wie
wichtig es ist, die Unternehmer sich über die Bestimmungen des
Jugendschutzes hinanzusetzen und wie notwendig eine scharfe Kon-
trolle derjenigen Betriebe ist, in denen Jugendliche beschäftigt
werden.

Das Jahr 1910 brachte für die Arbeiterinnen den Zehntunden-
tag und das Nachtarbeitsverbot, und da in dem gleichen Jahre der
Kreis der der Aufsicht unterstellten Betriebe erheblich erweitert
wurde (Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern), so ist es erklärlich,
wenn dieses Jahr den Höhepunkt der ermittelten Verstöße gegen die
Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen aufweist. Von 1910 ab ist ein
rückwärtiger Ausschlag zu beobachten. Ein Zeichen, daß sich die Ver-
hältnisse allmählich an die weitergehenden gesetzlichen Be-
stimmungen gewöhnt haben. Immerhin wurden in 8620 Fällen
Verstöße gegen die Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen ermittelt.
Auch die Bewilligung von Nebenarbeiten für Arbeiterinnen ist seit
1910 häufig im Aufzuge begriffen. Die Bewilligung von Sonntags-
arbeit erscheint in den Berichten der Aufsichtsbeamten nur so-
weit, als diese Bewilligungen erfolgen auf Grund des § 105f der
Gewerbeordnung, die Zulassung zur Vertüfung eines unerschüt-
zten Stadens. Es wurde 1913 3252 Betrieben für 153 813
Arbeiterinnen zusammen 1 761 240 Stunden Sonntagsarbeit bewilligt.
Das ergibt im Durchschnitt für jeden Betrieb 541,6 Stunden und für
jede davon betroffene Arbeiterin 11,5 Stunden. Bei der Verwertung
dieser Zahlen darf jedoch nicht übersehen werden, daß außerdem
der Bundesrat und Reichstagsrat der höheren und unteren Ver-
waltungsbehörden noch zahlreiche Annahmen von der Sonntags-
arbeit gemäßen können. Die vorstehenden Zahlen erschöpfen des-
halb bei weitem noch nicht das volle Maß der bewilligten Sonntags-
arbeit.

Für die Steinindustrie speziell besagt der Bericht folgen-
des: Der Gewerbeaufsicht unterstanden 5192 Steinbrüche und Stein-
sawereien, in denen 126 983 Arbeiter beschäftigt waren, darunter 355
Arbeiterinnen und 1269 jugendliche Arbeiter. Anzusehen ist gegen
früher die Zusammenarbeit in den Steinbrüchen doch zurückgegangen.
Angekauft wurden 4178 Betriebe revidiert mit 103 815 Arbeitern.
Die Zahl der revidierten Betriebe hat erfreulicherweise gegenüber
den letzten Jahren zugenommen, aber immerhin wurde der vierte
Teil der Betriebe innerhalb Jahresfrist nicht revidiert.

Die Erweiterung der Gewerbeaufsicht durch eine stän-
dige Zunahme der von den Arbeiterschutzrichtern erfassten Be-
triebe und Arbeiter. Die Zunahme resultiert nicht lediglich aus
dem allmählichen Wachstum der deutschen Industrie, da durch Ver-
mehrung der Arbeiterschutzrichtern weitere Gewerbebetriebe und Per-
sonen der Gewerbeaufsicht unterstellt werden sind, namentlich
kleinere Betriebe. — Auch der Einfluss der Gewerbeinspektion
hat sich gehoben, doch ist es noch weit davon entfernt, die Stellung
einzuwirken. Sie ist sehr schwach. Bei dem notwendigen weiteren Aus-
bau des Arbeiterschutzes und der Durchführung desselben werden
es die deutschen Arbeiter an ihrer Mitarbeit nicht fehlen lassen.

Das Versicherungsrecht für Angestellte

Es ist für die Angestellten eine notwendige Ergänzung erfahren.
Der auf Grund dieses Gesetzes versicherten Angestellten wird nämlich
die Hälfte der im Heim- und Ausland erzielten Beiträge zur
Vorsorge für den Fall der Invalidität oder des Todes erst nach
mindestens 60 Beitragsmonaten geltend gemacht werden können.

so verlängert sich die fünfjährige Wartezeit im allgemeinen um so
viel Monate, als die Versicherten beim Heim- und Ausland erzielten
Beiträge, die zwar Kriegsteilnehmer sind, deren Familien
jedoch einen Teil ihres Gehalts vom Unternehmer erhalten, erhebt
die Reichsversicherungsanstalt Beiträge auf Grund dieser ermäßig-
ten Gehaltsätze. In diesen Fällen verlängert sich zwar die Warte-
zeit nicht, aber die betreffenden Angestellten werden in anderer
Weise geschützt. Nach dem Versicherungsrecht für Angestellte
werden bei der Rentenberechnung die in den ersten zehn Versiche-
rungsmonaten geleisteten Beiträge vorzugsweise berücksichtigt. Da
das Gesetz noch keine drei Jahre in Kraft ist, wird für alle Kriegs-
teilnehmer, die vom Unternehmer herabgesetzte Bezüge erhalten,
und für die dementsprechende Versicherungsbeiträge gezahlt werden,
die Rentenberechnung beinträchtigt. Infolgedessen hat die freie
Berufung für die soziale Versicherung der Privatangestellten
(bei der Zentralverband der Handlungsgehilfen und der Angestellten
der Bureauangestellten usw. angehören) die Aufrechnung der
Kriegsmonate als Beitragszeit auf folgender Grundlage beantragt:
Daß die Aufrechnung in jener Beitragsklasse zu erfolgen hat, für die
vor der Einberufung der letzte Monatsbeitrag gezahlt worden ist,
jedoch mit der Maßgabe, daß diese Beitragsklasse mindestens so hoch
sein muß, als im Durchschnitt der bis zum 31. Juli 1914 im ganzen
gezahlten Versicherungsbeiträge entspricht. Da es bei den Ange-
stellten üblich ist, daß das Gehalt durch jährliche oder halbjährliche
Zulagen steigt, würde es eine Benachteiligung sein, wenn die An-
rechnung nur nach dem Durchschnitt der bisher gezahlten Versiche-
rungsbeiträge vorgenommen würde. Die Aufrechnung ist nicht
nur für die eigentlichen Kriegsteilnehmer, sondern auch für solche
Versicherte in Aussicht genommen, die sich in ausländischen Kon-
zentrationslagern befinden.

Die Versicherten, die infolge von Zahlungsverboten auslän-
discher Staaten nicht in der Lage sind, ihre Beiträge rechtzeitig zu
zahlen, werden durch die Verordnung gleichfalls vor Verfall ge-
schützt werden.

Das neue Europa.

Von August Winnig.

Die Abjuration Italiens zu den Ententemächten hat den
Zusammenbruch des alten politischen Systems in Europa offenbar
werden lassen.

Dieses System bestand in dem „Gleichgewicht der Kräfte“, das
auf der Gruppierung der Großmächte im Dreierbund und Dreier-
bund beruhte. Es konnte dabei nicht darauf an, ob dies Gleich-
gewicht tatsächlich vorhanden war oder nur in der Einbildung be-
stand; es bildete die Grundlage aller diplomatischen Verhandlungen
und war zu einem festen Schema in allen politischen Kombinationen
geworden. Solange das Gleichgewicht in den Tatsachen oder auch
nur in der Einbildung bestand, war in ihm eine gewisse Sicherheit
gegen den Ausbruch eines europäischen Krieges gegeben. Jede der
beiden Mächtegruppen sah in der andern einen zu bedeutenden
Gegner, um das Erzielte im Kriegsfall sicher zu sein. In diesem
Verhältnis lag ein gewisser Zwang zur Verständigung durch fried-
lichen Ausgleich. Aber es lag in ihm auch zugleich ein starker An-
reiz, das Gleichgewicht zu zerstören und der eigenen Seite das
Ubergewicht zu verschaffen. Die russische Begünstigung der Balkan-
mächte, der Wettlauf um den größten Einfluß in Politik und Ver-
waltung der Türkei, nicht zuletzt die Bestechung Italiens durch das
tripolitanische Geschäft der Entente und vor allem natürlich der
Wettlauf in den Riffungen waren alles Versuche, das Gleichgewicht
aufzuheben und eine festere Allianz für den Kriegsfall zu
schließen. Als der Dreierbund sich Italiens verlor, verlor er
hätte und vielleicht auch auf dem Balkan seiner Sache sicher zu sein
glaube, sah es ihm ungefährlich genug zu sein, die Feder zu
schlagen zu lassen.

Wohl hat es sich in den bisherigen zwölf Kriegsmonaten ge-
zeigt, daß die Rechnung der Ententemächte nicht ganz stimmte. Die
italienische Neutralität genügt allein nicht, sie mußte zur Inter-
vention aufsteigern werden. Nun stehen die Länder der Entente und
ihre Vasallen mit einer Bevölkerung von 255 Millionen (ungefähr
um die mehr als 350 Millionen der englisch-französischen Kolonien)
den mit der Türkei verbündeten Zentralmächten gegenüber, die zu-
sammen eine Bevölkerung von höchstens 140 Millionen zählen, und
doch geben selbst die hoffnungsvollsten ihrer Politiker zu, daß der
alltägliche Ausgang mindestens recht zweifelhaft ist. Damit sind die
entscheidenden Ziele der Entente erlebte, die Aufteilung der Zen-
tralreiche wird unterbleiben.

Aber was dann? Es läßt sich nicht sagen, welche Gruppierung
der europäischen Mächte der Frieden bringen wird. Das Näch-
liegende ist die einseitige Fortdauer der gegenwärtigen Kon-
stellation: England, Frankreich, Rußland, Italien auf der einen,
Deutschland, Oesterreich-Ungarn mit der Türkei auf der andern
Seite. Das wäre aber die dauernde zahlenmäßige Ueberlegenheit
der einen Gruppe und damit die dauernde Gefahr der Vergewaltigung
der Zentralmächte. Bei einer solchen Gruppierung wäre das
Ziel der Entente nicht aufgehoben, sondern nur aufgehoben. Die
Ententemächte würden ihre wirtschaftlichen und militärischen Kräfte
weiter entwickeln und so den Augenblick heranziehen lassen, wo ihnen
der Erfolg nicht mehr entgegen kann. Bei dauerndem Bestehen dieser
Gruppierung muß dieser Augenblick einmal kommen. Der Friede
würde uns also keine Befreiung von der Rüstungslast bringen, er
würde im Gegenteil eine Ära neuer, gewaltiger Rüstungen begrün-
den, er würde nicht der Abschluß einer Periode der Gewalt, sondern
die Quelle des erschütterten Vernichtungskrieges werden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Politik der Zentralmächte
jetzt und beim Friedensschluß darauf gerichtet sein muß, eine solche
Gruppierung zu verhindern. Die ideale Lösung wäre ein Frieden,
der mehr als eine Einstellung der Kriegshandlungen, der der sichere
Anfang einer großen Verständigung und Versöhnung der Mächte
und Völker wäre. Aber ohne Illusionen betrachtet: wer wollte
glauben, daß eine solche Entwicklung wahrscheinlich ist? Der Frieden
würde, soweit die Lage heute zu einer Voraussage berechtigt, derart
beschaffen sein, daß die Ententemächte den Wunsch haben werden,
keine Bedingungen nicht als endgültig anzuerkennen. So unwahr-
scheinlich ein Ausgang ist, der die deutsche Wirtschaftsmacht auf dem
Weltmarkt auslöscht, so unwahrscheinlich ist aber auch ein Aus-
gang, der die britische Machtstellung zerbricht. Die Neutralität zwi-
schen beiden Wirtschaftsmächten wird aber auch künftig vorhanden
sein; man kann ihr allerdings durch Vereinbarungen den Charakter
einer akuten Gefahr nehmen, aber man kann sie selbst nicht be-
seitigen und auch nicht den Argwohn verhindern, den sie ständig er-
zeugen und wachhalten wird. Nur eine gemeinsame Gefahr, mit
etwa die Bedrohung durch die Wirtschaftskrise Amerikas oder Os-
tens oder auch durch ein Rußland, das die politischen Kräfte seines
Volkes und die wirtschaftlichen seines Bodens entfesselt und voll
erfahren hätte, nur eine solche allgemein-europäische Gefahr könnte
die Neutralität zwischen England und Deutschland beenden. Doch das
sind unbestimmte Möglichkeiten, auf die kein Politiker seine Rech-
nung stellen kann. Der Politiker muß vielmehr mit der nächsten
Möglichkeit rechnen, und das ist eben die Fortdauer der heutigen
Gruppierung der Großmächte.

Hier liegt das eigentliche Zentrum der Aufgaben, die dieser
Krieg der Staatskunst der Zentralmächte stellt und mit denen sich
leben aneinanderzuringen hat, der an ihrer Lösung mitzuwirken
beanfiehlt. Auch die Sozialdemokratie kann diese Frage nicht un-
berührt lassen und muß sich klar darüber werden, was sie will, d. h.
was sie wagen muß. Bisher haben wir uns darauf be-
schränkt, zu sagen, was wir nicht wollen. Ist es aber unsere Ab-
sicht, an der Neugestaltung der Verhältnisse der Völker mitzuwirken,
andere als durch billige Proteste mitzuwirken, so ist es unerlässlich,
auch politisch zu den Problemen des neuen Europa Stellung zu
nehmen. Es wäre unverantwortlich, auf der einen Seite allen
Amerikanern Rede anzuhören und auf der andern nicht sagen
zu können, wie die Gefahr einer dauernden deutschfeindlichen Ueber-
macht zu verhindern ist. Das wäre unverantwortlich gegenüber der
Macht des deutschen Volkes, die in uns das Vertrauen setzt, daß wir
alles tun werden, um die Wiederkehr so fürchterlicher Heimtückun-
gen unmöglich zu machen. Darum hilft hier kein Kaufmänn.

Unser Ziel ist die Verständigung und Versöhnung der Völker. Die Völkerverständigung ist unser Endziel, aber leider sind wir noch nicht am Ende, sondern noch eine ziemlich Strecke davon entfernt. Es kann uns darum nicht erpart bleiben, uns schlichtlich zu werden, was wir für den Friedensschluß als notwendig zu vertreten haben. Entnehmen wir der wirklichen Lage der Dinge die unerfreuliche Gewissheit, daß auf eine baldige Ueberwindung der internationalen Gegensätze nicht zu hoffen ist, so muß doch aber unsere Politik selbstverständlich auf die Förderung dieses einzig sozialistischen Zieles eingestellt sein. Sie muß aber die Lösung der Frage auf andern Wegen als auf dem der Annexionen suchen. Die vorgeschrittene Entwicklung der Beziehungen von Volk zu Volk gibt glücklicherweise die Möglichkeit, Bindungen zwischen den Völkern zu schaffen, ihre wechselseitigen Lebensinteressen so fest zu verflechten, daß sie auch in den weltpolitischen Fragen zum Zusammengehen gezwungen sind, ohne deswegen ihre nationale Selbstständigkeit opfern zu müssen. Nur auf dieser Grundlage lassen sich sozialistische Methoden der Weltgestaltung entwickeln, und lassen sich zugleich Wirksamkeiten gegen die drohende Gefahr einer dauernden deutschfeindlichen Uebermacht aufbringen. Die Lösung der schweren Aufgabe, wie wir sie als deutsche Sozialdemokraten sehen, besteht in einem wirtschaftlich fest verbundenen Zentraleuropa, das allein durch die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen zu einem in sich geschlossenen Element der Weltpolitik würde. Ohne den einzelnen Völkern, die sich diesem Wirtschaftsbündnis anschließen, in der Entfaltung ihres nationalen Lebens hinderlich zu sein, würde ein solches Zentraleuropa nicht nur die künftige noch mehr als heute notwendige Schutzwehr gegen das vordringende Halbkontinental bilden, es würde auch viele Aussicht haben, das gemein-europäische Gegenwärtige gegen die Bedrohungen durch die Wirtschaftskrisis Großbritanniens, Amerikas und Ostasiens zu werden.

Nicht geglichte Rentenkürzung.

Die Sektion 7 der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hatte dem Steinbrecher S. aus Altenhain bei Leipzig die bis jetzt bezogene Rente in der Höhe von 15 Prozent entzogen. Unser Kollege hatte gegen den Entschluß der Berufsgenossenschaft Rekurs vor dem Leipziger Oberverwaltungsamt eingeleitet, der am 21. August auch zur Verhandlung stand. Der Fall dürfte auch für unsere Kollegen einiges Interesse haben. Kollege S. verunglückte mit 18 Jahren und der Daumen an der rechten Hand ist heute noch unbrauchbar. Der Unfall passierte 1910, und der Durchschnittsverdienst des Verletzten betrug damals 3,45 Ml. pro Tag. Vor einigen Monaten stellte die Berufsgenossenschaft die Rentenzahlung ein, mit der Begründung, jetzt sei der Durchschnittsverdienst auf 4,95 Ml. gestiegen. Daraus sei die wüßige Kürzung der Rente gerechtfertigt. Kollege Staubinger vertrat den Verletzten vor dem Oberverwaltungsamt und führte aus, daß die jüngeren Arbeiter in den Steinbrüchen zunächst meist zum Abräumen und zum Steintransport verwendet würden. Erst nach und nach erfolgte der Aufstieg zum Steinbrecher oder zum Pflastersteinmacher. Heute schaffe S. als Brecher, denn es könnte einem jungen Manne nicht zugemutet werden, daß er jetzt als Hilfsarbeiter tätig sein müsse. Als Brecher müsse aber der Kollege einen Hammer dirigieren im Gewichte von etwa 18 Pfund. Und da sei demselben die Verletzung am Daumen sehr hinderlich. Diese Begründung schlug durch. Der Herr Vorsitzende sagte dem Vertreter der Berufsgenossenschaft kurz und bündig, daß in diesem Falle die Rente nicht gekürzt werden könnte, von einer „Gewöhnung“ könne keine Rede sein. Nun bot der Berufsgenossenschaftsvertreter einen Vergleich in der Höhe von 10 Prozent an, welcher aber vom Rekurssteller abgelehnt wurde. Darauf zog der Herr den Antrag auf Kürzung der Rente überhaupt zurück; es war ihm anscheinend klar, daß die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung auch weiterhin verurteilt würde. Er bemerkte aber noch, später käme die Berufsgenossenschaft wieder mit diesem Antrag, worauf der Herr Vorsitzende erwiderte: Das könne dieselbe halten wie sie wolle. Also, der Kollege bekommt die 15 Prozent weiter, und wahrscheinlich wird eine Kürzung überhaupt niemals erfolgen, denn der Daumen ist so stark beschädigt, daß deshalb die Militärbehörde Dienstbefreiung eintreten ließ. Die Berufsgenossenschaft stellte sich einfach auf den Standpunkt, daß, als die Verletzung eintrat, der Tagesverdienst 3,45 Ml. betrug, und jetzt nach 5 Jahren stetig derselbe, als S. als Brecher tätig ist, auf 4,95 Ml. Mit ihm könne die Rente nicht mehr weiterbezahlt werden. Aber eine solche Annahme ist durchaus irrig. Es hat schon längst das Reichsversicherungsamt anerkannt, daß in diesen Fällen der Verdienst der Jugendlichen nicht maßgebend sein kann. Unsere Kollegen tun gut, sich diesen Vorfall zu merken, denn in der Steinindustrie sind Unfälle jüngerer Arbeiter nicht selten.

Der englische Gewerkschaftskongress und der Krieg.

Der 47. Jahreskongress der englischen Gewerkschaften tritt am 6. September in Bristol zusammen. Es werden etwa 550 Delegierte anwesend sein, die 2.750.000 organisierte Arbeiter vertreten. Delegierte werden aus Frankreich, Belgien, den Vereinigten Staaten von Amerika und aus Kanada erwartet. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses schlägt eine Resolution

vor, die leider ganz vom parteilichen Geiste des „Entente-Sozialismus“ erfüllt ist. Die Resolution lautet:

„Obwohl der Kongress allen Militarismus als eine Gefahr für den menschlichen Fortschritt verurteilt, so ist er doch der Ansicht, daß die Aktion Großbritanniens und seiner Verbündeten vollständig gerechtfertigt ist. Der Kongress gibt seinem tiefsten Wunsch Ausdruck über die Grausamkeiten, die von den deutschen und österreichischen Militärbehörden verübt worden sind, sowie über die gefühllose, brutale und unmögliche Ausbeutung des Lebens nicht-kämpfender Personen, einschließlich Frauen und Kinder. Der Kongress verpflichtet sich, die Regierung in der erfolgreichen Fortführung des Krieges zu unterstützen.“

Eine andre Resolution billigt die Haltung der Arbeiterfraktion, indem sie mit den bürgerlichen Fraktionen beim Soldatenanwerben zusammenwirkt. Ein Zusatzantrag hierzu bedauert jedoch, daß die Fraktion nicht gleichzeitig von der Regierung eine anständige Fürsorge für die Kriegswitwen sowie die Witwen und Waisen der gefallenen Soldaten erlangt hat.

Die Resolution ist somit eine recht eigenartige Antwort auf das Friedensmanifest der deutschen Sozialdemokratie. Also, die Sache der Engländer ist gerecht. Ob diejenigen in Deutschland nun kurzatmig sind, welche meinen, mit „Friedensresolutionen“ sei der Weltkrieg zu beenden.

Steinausschreibungen.

- Kais. Bauabteilung in Straßburg i. E. Lieferung von 1150 Quadratmeter Innenpflaster aus Garkstein für den neuen Ortsalterbahnhof Straßburg in einem Lose.
- Kgl. Eisenbahnabteilung in Herford i. W. Lieferung von rund 9000 Quadratmeter Pflastersteinen.
- Kgl. Eisenbahnabteilung 2 in Straßburg. Lieferung von 1500 Kubikmeter Granitpflastersteinen, polygonale Kopfsteine. (Wir sind gespannt, ob diese Lieferung der deutschen Steinindustrie zufällt. Redaktion.)
- Gr. Rheinbahninspektion in Mannheim. Lieferung von rund 4800 Kubikmeter Rheinbausteinen in 17 Lose.
- Kgl. Eisenbahnabteilung in Bad Dilsdorf. Lieferung von 220 Tonnen Pflastersteinen 3. Sorte.
- Kgl. Eisenbahnabteilung in Höchst a. M. Lieferung von Pflastersteinen zur Herstellung der Zufuhrstraße vom Steinweg bis Klosterstraße auf Bahnhof Höchst.
- Arbeitsamt in Oppeln. Lieferung von 2800 Quadratmeter Granitwildpflastersteinen (5. Klasse).
- Bauleitung zum Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück am Hiltropswall zu Dortmund. Stehmetarbeiten in 4 Lose, und zwar: Los 1, Arbeiten in Basaltlava (etwa 60 Kubikmeter); Los 2, Arbeiten in selbst weitergefertigtem Sandstein (etwa 650 Kubikmeter); Los 3, Arbeiten in Eltringer Zuffstein (etwa 600 Kubikmeter) und in Welberner Zuffstein (etwa 100 Kubikmeter); Los 4, Arbeiten in Kunststein (etwa 50 Kubikmeter); zusammen aber getrennt.
- Groß. Rheinbahninspektion in Karlsruhe. Lieferung von 2900 Kubikmeter Rheinbausteinen, und zwar: 2100 Kubikmeter 1. Klasse, 280 Kubikmeter 2. Klasse, auf die Rheinstrecke zwischen Winterdorf und Germersheim für das Baujahr vom 1. Juli cr. bis 30. Juni 1918 in zehn Losabteilungen.
- Für die Werkstoffindustrie dürften nachstehende Bauprojekte von großer Bedeutung sein.
- Berlin: Mit dem Umbau der ehemaligen Savelbrücke der Lehrter Eisenbahn in Spandau ist begonnen.
- Muer i. W.: Mit den Bauarbeiten für die neue 28klässige katholische Volksschule ist wieder begonnen worden.
- Danzig: Die Eisenbahndirektion errichtet einen Neubau für die Nabaune-Werke.
- Dillmen (Westf.): Die Stadt will ein Gymnasium bauen (272.500 Ml.).
- Hamburg: Der Bau einer neuen Freihafen-Eisenbahnbrücke über das Hauptfahrwasser der Elbe neben der vorhandenen Eisenbahnbrücke wird demnächst beginnen.
- Hedelingen (Württemberg): Die Gemeinde plant den Neubau einer Kirche.
- Moers (Rheinland): Die ersten Arbeiten für die Erweiterung des Geschäftshauses der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind vergeben.
- Münster i. W.: Mit dem Fortbildungsschulneubau wurde begonnen.
- Neustettin (Pommern): Die Stadt plant die Errichtung einer Volksschule.
- Nebbach (Sachsen): Der Schulvorstand beschloß, die Schule durch einen Anbau zu vergrößern. Die Arbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

Korrespondenzen.

Dentsch-Zumik. Durch die enorme Preissteigerung, der sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel unterworfen sind, sah sich die hiesige Ortsverwaltung veranlaßt, an die Unternehmer mit dem Ersuchen heranzugehen, eine Teuerungszulage zu gewähren. Haben nun auch die Kollegen nicht erwartet, daß viel herauskommen sollte, etwas zu erhalten war die Ansicht fast aller Kollegen. Doch war uns eine Täuschung beschieden. Die Vereinigung der Hartsteinindustriellen hat in Dresden eine Generalversammlung abgehalten

und beschlossen, unsere beschriebenen Wünsche abzulehnen. Der Ortsverwaltung ging folgender Bescheid zu:

Dresden, den 9. August 1915.
Auf die an verschiedene unserer Mitglieder erhaltene Eingabe ihrer Arbeiter um Gewährung einer Teuerungszulage hat die außerordentliche Generalversammlung am 3. August d. J. nach eingehender Beratung beschlossen, mit Rücksicht auf die durch den Krieg für die Hartsteinindustrie geschaffenen schwierigen Verhältnisse die Genehmigung zur Gewährung einer solchen Zulage zu versagen.
Verbindungsamt
Vereinigung der Hartsteinindustriellen der Oberlausitz.
A. M. Zimmann.

Die Unternehmer haben in ihrer Zusammenkunft beschlossen, unsere Wünsche abzulehnen. Arbeiter der Steinindustrie, nur ein fester Zusammenschluß kann die Antwort unterliefern. Jeder Steinarbeiter trete seinem Verband bei. Die hiesigen Steinarbeiter sind der Meinung, daß eine Zulage sehr wohl möglich gewesen wäre. Daß aber gar kein Entgegenkommen bewiesen wurde, hat die Kollegen mit Recht verblüfft. — Nun, wir können an dem Bescheid nichts ändern, aber über die Stimmung unter der Arbeiterschaft dürfen die Oberlausitzer Firmen genügend unterrichtet sein.

Heppenheim. Beim Kollegen Winter fand am 20. August eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Moosmüller gab den Kassenbericht. Gauleiter Carfert bestätigte die Richtigkeit desselben. Nachdem Moosmüller bekanntgab, daß er von der Vorstandskasse noch allein sei, wurde Kollege Wilhelm Stöhr als Vorsitzender gewählt. Weiter wurden die Kollegen Kraus und Maxer als Revisoren gewählt. Die vom Kollegen Moosmüller vorgeschlagene Unterstützung von 5 Ml. aus der Ortskasse für die nach Teuerungszulage eingezogenen Kollegen wurde ohne Debatte bewilligt. Betreffend die teilweise Ablehnung der Teuerungszulage wurde arg kritisiert. Die Kollegen sind der Ansicht, daß man die Arbeiter nicht in zwei Klassen teilen soll, hatte man doch bei Ausbruch des Krieges, als die 10 Prozent abgezogen wurden, auch keine Ausnahme gemacht. Es wurde beschlossen, daß eine Kommission nochmals bei dem Vorsitzenden der Unternehmer vorstellig werden und dahin wirken soll, daß auch die Manufaktur- und Pflastersteinmacher ebenfalls die Teuerungszulage erhalten. Bei einem weiteren Punkt mußte man leider wieder zu dem traurigen M. schreiten und die Steinhauer Wenzel Swoboda, Philipp Kad, Jg. Rosenberger, Jg. Weiß und Peter Lionell wegen rückständiger Beiträge aus der Mitgliedsliste streichen. Die Kollegen sollten sich schämen vor ihren kämpfenden Kollegen im Felde. Ferner wurde bekanntgegeben, daß der im Februar gefasste Beschluß in der heutigen Bezirksvorstandssitzung, wonach die im Krieges gefallenen oder verstorbenen Kollegen aus der Bezirksliste ein Sterbegeld erhalten, und zwar bei einjähriger Mitgliedschaft 10 Ml., bei zweijähriger 15, und bei dreijähriger 20 Ml. erhalten, umgeändert wurde und zwar in 5 Ml., 7,50 und 10 Ml. Verurteilt wurde diese Änderung damit, daß eben der Mitgliedsstand in einigen Jahrzehnten kolossal zurückgegangen ist, und durch fortwährende Einziehung der Kollegen noch mehr zurückgehen wird. — Am Schluß der Versammlung gab Kollege Moosmüller noch bekannt, daß hier am Ort seit Ausbruch des Krieges an Arbeitslosen- und Notstandsunterstützung bereits 1100 Ml. ausbezahlt wurden. Die seit April wieder eingeführte Krankenunterstützung ist dabei noch nicht mitgerechnet. Die Behauptung, die Kollegen wüßten nicht, warum sie während des Krieges Beiträge zahlen sollen, ist grundfalsch.

Königsborn (Laufz). Am 8. August fand im Gasthof zum „Fürstentum“ unsere Quartalsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der gefallenen sieben Kollegen. Es sind dies: Erwin Käthig, Oswald Scholze, Oswald Bentzschel, Paul Hamann, Oswald Käthig, Erwald Hamann und Wilhelm Kotte. Der Vorsitzende gab auch noch bekannt, daß drei Kollegen in Kustland in Gefangenschaft geraten seien und einer in Frankreich vermisst ist. Dann gibt der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt, die von den Revisoren geprüft und alles für richtig befunden wurde. Der Vorsitzende stellte den Antrag, daß für den Kollegen A. eine Unterstützung aus der Ortskasse zu gewähren sei, was auch einstimmig angenommen wurde. Dann wurde der Antrag gestellt, einige Unklarheiten im Kleinpflasterpreis bei der Firma Königsborner zu reueln. Der Vorsitzende gab auch noch bekannt, was die Zentralkasse seit Beginn des Krieges an Unterstützungen an unsere Zahlstelle gewährt. Es sind im ganzen 1019 Ml. durch die Zentralkasse ausgezahlt worden. Diese Mitteilung erregte Beifriedigung. Hierauf wurde noch bekanntgegeben, daß die Kollegen Julius Krenz und Max Kriesner das Eisenerz Kreuz 2. Klasse erhalten haben.

Mittelschne (Heuschauer). Das Warten des ersten Kriegsjahres haben auch die Kollegen des Heuschauer-Distrikts zu fühlen bekommen. Die Kollegen waren alle mehr oder weniger durch die Arbeitslosigkeit betroffen. Die Verbandskassen haben auch hier beträchtliche Summen für Unterstützungen ausgezahlt. Die Ausgabe der Zentralkasse betrug: an Arbeitslosenunterstützung 408,85 Ml., an Familienunterstützung 550 Ml., an Krankenunterstützung 286,75 Ml., an Notstandsunterstützung 45 Ml., an Sterbegeld 430 Ml.; Summa 1720,60 Ml. Die Distriktskrankenzusatzkasse hatte eine Ausgabe von 686,25 Ml., und an Sterbegeld wurden weiter vorausgezahlt 450 Ml. Aus den Ortskassen wurden noch 68,50 Ml. für diverse Unterstützungen ausgezahlt. Dies ist eine Gesamtsumme von 2925,35 Ml. Die hohe Ausgabe an Sterbegeld läßt erkennen, daß der Tod auch in diesem Jahre zahlreiche Opfer gefordert hat.

Rigaer Kunstschätze.

ml. Materisch erhebt sich die alte Hansestadt Riga, nach Petersburg und Odessa der bedeutendste russische Hafenplatz, aus der sandigen Ebene zu beiden Seiten der Düna. Wenn man mit dem Dampfboot hier ankommt, blickt man an rechten Flußufer in ein Gewirr kleiner, krummer Gäßchen mit mittelalterlichen, spitzgiebligen Häusern, die von altschwerfütigen gotischen Kirchen mit hoch aufsteigenden Türmen überragt werden. Es ist die Altstadt, die bis zum Jahre 1888 eine starke Festung bildete, und in deren engen Straßen sich jetzt ein reges Geschäftslieben entwickelt. Wo sich früher mächtige Bollwerke erhoben, wo tiefe Wälle dem anstürmenden Feind Hindernisse boten, ziehen sich heute schöne Gartenanlagen hin, deren Freundlichkeit durch den melancholisch sich bahnungselenden Stadtkanal etwas gedämpft wird. Schöne Boulevards, breite Straßen durchschneiden die vornehmen Viertel der Petersburger und Moskauer Vorstadt, während sich die Rigaer Vorstadt, die vornehmlich von der ärmeren Bevölkerungsklasse bewohnt wird, über das linke Dünaufer und mehrere kleine Inselchen erstreckt.

Besonders deutlich hat sich die reichbewegte Vergangenheit der livländischen Hauptstadt in den Bauten der Altstadt ausgeprägt. Riga kann zwar nicht die reichen Kunstschätze von Danzig, Hamburg, Bremen oder Lübeck aufweisen, aber aus den regen Beziehungen, die es mit diesen Handelsstädten unterhalten hat, ergaben sich doch mannigfache Anregungen, die sich noch heute im Stadtbild bemerkbar machen. Entgegen der ausgesprochenen hanseatischen Prägung vieler Bauten sind nur wenige Zeugnisse aus der Zeit des Mittelalters erhalten geblieben. Das älteste Bauwerk der Stadt ist die Dom- oder Marienkirche, ein dreischiffiger Backsteinbau in Uebersaugsstil mit einem vierseitigen Turm. Im Frühling des Jahres 1201 hatte Bischof Albert I. von Appelderen, ein früherer Domherr zu Bremen, mit dem Bau von Riga begonnen, und bereits im Jahre 1211 konnte die Errichtung eines Doms und eines Dompforters in Angriff genommen werden. Der Bau war bereits im Jahre 1226 so weit fortgeschritten, daß der päpstliche Legat Wilhelm von Modena dort eine Synode abhalten konnte. Der Dom wurde aber im Jahre 1547 durch eine gewaltige Feuersbrunst zerstört, und die Basilika, die sich heute dem Auge des Beschauers darbietet, geht in die Mitte des 16. Jahrhunderts zurück. Auch in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden an dem Dom Erneuerungsarbeiten vorgenommen;

hierbei erhielt auch der alte Kreuzgang, der ursprünglich mit der Marienkirche verbunden war, seine ursprüngliche Form wieder. Im Jahre 1775 wurde die schlanke Spitze des Domschirms wegen allzu großer Schwankungen abgetragen und durch die heute noch bestehende haubensförmige Bedachung ersetzt. Kehnliche Umgestaltungen erfuhr auch noch das Chorbauwerk, das Dach der Altarapsis und der Orgelgehäuse des Langhauses. Während der Franzosenzeit diente der Dom als Magazin für Kriegsbedarf, was ihm manche Beschädigung eingebracht hat. Von hervorragenden Werken der plastischen Kunst und der Malerei hat sich im Dom nur sehr wenig erhalten. Was den Silberfunden des 16. Jahrhunderts entgangen war, wurde bei der „Säuberung“ der späteren Zeit vernichtet und beseitigt. Erhalten sind die Grabplatten des ersten livländischen Bischofs Meinhard und die des letzten Erzbischofs des Markgrafen Wilhelm von Brandenburg. Auch das alte, sehr schlicht und einfach gearbeitete Chorgestühl aus dem 14. Jahrhundert ist noch vorhanden. Den schönsten Schmuck der Domkirche bildet die im Jahre 1884 aufgestellte Orgel, die mit ihren 124 Registern eine der größten Orgeln der Welt ist. Sie ist in ein reich geornam. Gehäuse aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts eingebaut. Vor der Domkirche, auf dem Sanderplatz, hat das Denkmal dieses deutschen Dichters, Auffstellung gefunden, der als Prediger und Lehrer in der alten Hauptstadt Livlands einen nicht unwichtigen Wirkungskreis hatte.

In den frühesten kirchlichen Bauten der Stadt Riga erblickt die St. Jakobikirche, die im Jahre 1226 zum ersten Male urkundlich erwähnt wird. Sie ist die kleinste unter den alten Hauptkirchen der Stadt. Sie war möglicherweise für die zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 13. Jahrhunderts dem Stadterwerbende sich anschließenden bethlehiten Eiven erbaut, und zwar außerhalb des umwehrten Stadtbezirks, wie aus einer Chronik des Heimrich von Lettland hervorgeht. Von dem gewaltigen Mauerwerk mit seinen Türmen und Toren, der Riga im 13. Jahrhundert umgab, ist übrigens kaum noch etwas erhalten, und nur aus alten Stichen kann man ein Bild von der Widerstandskraft der stat. the. der Riga gewinnen. In die besten Tage der stolzen Hansestadt gemahnt das Schwarzhäupterhaus. Nicht minder reichvoll als die verblühten, kränze Architektur und die reichen Silber- und Wulstschätze, die es birgt, ist seine Geschichte. Die Gesellschaft der schwarzen Häupter, die seitdem der schwarzen Hovede“, war nämlich ein geistliche Vereinigung der reichen, unverschuldeten Kaufmannsjünger

Riga. Sie hatte sich aus einer Vereinigung der dort ansässigen ausländischen unverheirateten Kaufherren entwickelt und wurde bald von entscheidender Bedeutung für das politische Leben der Stadt. Ueber die Herkunft ihres Namens ist man verschiedener Ansicht. Nach der einen Auffassung nannten sie sich Schwarzhäupter nach ihrem Schutzpatron, dem heiligen Mauritius, der früher allgemein als Wahr dargestellt wurde. Andre haben die Bezeichnung „Schwarzhäupter“ von den schwarzen Häuptern der Jungen im Gegensatz zu den ergrauten Köpfen der verheirateten Gildengenossen ableiten wollen. Ihre Einrichtung wurde bald in andern livländischen Städten nachgeahmt, und während der Zeit vom Jahre 1400-1561 lassen sich in Mittelland etwa an zwanzig Orten Schwarzhäuptervereine nachweisen, deren ältester der um das Jahr 1399 entstandene Verein der Schwarzhäupter zu Rival ist. Aber diese Vereine verschwanden im Laufe der Zeit. Nur in Riga haben sich die Schwarzhäupter bis in die Gegenwart hinein erhalten, und sie feiern nach alter Sitte noch jetzt jedes Jahr am Sonnabend nach Faschnacht die „Faschnachtsbrunnen“. Das Schwarzhäupterhaus in Riga ist eines der ältesten Gebäude der Stadt. Es wurde im Jahre 1250 aus den Mitteln der Stadt aufgebaut und später den Schwarzhäuptern gegen eine jährliche Rente überlassen. Das Haus hat im Laufe der Jahrhunderte mehrere Veränderungen erfahren, aber der auf den Marktplatz schauende Giebel läßt trotz seiner im Charakter der livländischen Renaissance entwickelten Umgestaltung vom Jahre 1620 die alte gotische Form noch deutlich hervorstrahlen. Der Wandergiebel wurde erst im Jahre 1889 mit den Statuen des Neptun, der Erntedank, des Friedens und des Merkur schmückt. Die Wappen von Riga, Naumburg, Lübeck und Bremen zeichnen dagegen schon das alte Gebäude.

Nicht minder bedeutend für die geschichtliche Vergangenheit von Riga ist das Haus der Großen Gilde, das ebenfalls bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts zurückreicht. Der große Saal im Erdgeschoß wird überwölbt von einer aus sechs schlanken Pfeilern ruhenden Decke. In diesem Saal, der außerdem noch mit einem gemalten Fries von Städtabenpaaren geschmückt ist, werden die Sitzungen der Kaufmannsgilde abgehalten. An der Langwand ist noch der Sitz des „Dachmann“ genannten Vorsitzers erhalten geblieben, ebenso wie eine kleine „Tude“, eine Bildsäule der heiligen Jungfrau, die bei den Versammlungen der Gilde hinter dem Tische des Dachmanns aufgestellt wurde. So findet sich in der alten livländischen Hansestadt noch manches bemerkenswerte Zeugnis aus ihrer Vergangenheit.

